

Bürgerinitiative Adenauerplatz

Mönchengladbach

An die Politischen Fraktionen des Stadtrats und die
Stadtverwaltung

Mönchengladbach, 30.03.2026

Betreff: Ankündigung von Bauarbeiten an der Albertuskirche – Missachtung eines bestehenden politischen Beschlusses und Auswirkungen auf das Vertrauen in demokratische Entscheidungsprozesse

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch ein aktuell im Umfeld des Adenauerplatzes verteiltes Schreiben des Caritasverbandes Region Mönchengladbach e.V. wurden Anwohnerinnen und Anwohner darüber informiert, dass nach Ostern Bauarbeiten zur Umgestaltung der Albertuskirche beginnen sollen. In diesem Schreiben wird ausdrücklich auch die Einrichtung eines Tagestreffs für wohnungslose Menschen angekündigt.

Diese Ankündigung sorgt in der Bürgerschaft für erhebliche Irritation.

Bekanntlich existiert ein politisch bindender Beschluss, wonach vor einer möglichen Verlagerung des Tagestreffs an den Adenauerplatz eine erneute politische Entscheidung erforderlich ist. Dieser Beschluss ist nicht zufällig entstanden, sondern das Ergebnis eines längeren demokratischen Prozesses, der aus Gesprächen zwischen Verwaltung, politischen Vertreterinnen und Vertretern sowie Bürgerinnen und Bürgern hervorgegangen ist.

Gerade dieser Prozess sollte sicherstellen, dass eine so sensible Standortentscheidung transparent, nachvollziehbar und unter Einbeziehung der politischen Gremien getroffen wird.

Vor diesem Hintergrund entsteht nun durch die Ankündigung konkreter Bauarbeiten und Nutzungen der Eindruck, dass durch bauliche und organisatorische Vorbereitungen Fakten geschaffen werden, bevor der politisch vorgesehene Entscheidungsprozess überhaupt abgeschlossen ist.

Besonders problematisch ist hierbei, dass ein solches Vorgehen in der öffentlichen Wahrnehmung leicht als Vorgriff auf eine noch ausstehende politische Entscheidung verstanden werden kann. Dies würde den Eindruck erwecken, dass der Ausgang eines demokratischen Entscheidungsprozesses bereits faktisch vorweggenommen wird.

Ein solcher Eindruck ist geeignet, das Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger in die Verlässlichkeit politischer Verfahren und Beschlüsse nachhaltig zu beeinträchtigen.

Hinzu kommt, dass in den vergangenen Jahren erhebliche öffentliche Mittel in die Aufwertung des Adenauerplatzes und seines Umfeldes investiert wurden – unter anderem in die Neugestaltung des Parks sowie in die umfassende Modernisierung der Stadtbibliothek. Diese Investitionen haben den Ort zu einem stark frequentierten Aufenthalts-, Bildungs- und Begegnungsraum für die Stadtgesellschaft entwickelt.

Gerade deshalb erwarten viele Bürgerinnen und Bürger, dass Entscheidungen über eine grundlegende Veränderung der Nutzung dieses Umfelds erst nach Abschluss der angekündigten fachlichen Prüfung und nach einem erneuten politischen Beschluss getroffen werden.

Darüber hinaus stellt sich aus Sicht vieler Bürgerinnen und Bürger die grundsätzliche Frage nach der Gleichbehandlung innerhalb eines demokratischen Beteiligungsprozesses. Während Bürgerinnen und Bürger gebeten werden, den angekündigten fachlichen Prüfungen und politischen Beratungen abzuwarten, entsteht durch die Ankündigung konkreter Bau- und Nutzungsschritte der Eindruck, dass institutionelle Akteure bereits Tatsachen schaffen können, bevor dieser Prozess abgeschlossen ist. Ein solcher Eindruck ist geeignet, die Glaubwürdigkeit von Bürgerbeteiligung und politischen Entscheidungsprozessen insgesamt zu beschädigen.

Darüber hinaus berührt die Situation auch eine grundlegende Frage der kommunalen Zuständigkeitsordnung. Wenn politische Beschlüsse vorsehen, dass eine Standortentscheidung erneut durch die zuständigen Gremien getroffen werden muss, erwarten Bürgerinnen und Bürger, dass bis zu dieser Entscheidung keine Maßnahmen eingeleitet werden, die den Handlungsspielraum der politischen Gremien faktisch einschränken oder den Eindruck erwecken könnten, eine Entscheidung sei bereits vorweggenommen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um eine kurzfristige Klarstellung:

- Wie ist die Ankündigung der Baumaßnahmen mit dem bestehenden politischen Beschluss vereinbar, der eine erneute politische Entscheidung vorsieht?
- Welche Rolle spielt das derzeit erarbeitete Gutachten, wenn parallel bereits konkrete bauliche Maßnahmen für einen bestimmten Standort angekündigt werden?
- Wie wird sichergestellt, dass der politisch zugesagte Entscheidungsprozess tatsächlich eingehalten wird?

Das Vertrauen der Bürgerschaft in demokratische Verfahren lebt davon, dass politische Beschlüsse und zugesagte Entscheidungswege verlässlich eingehalten werden.

Gerade deshalb ist eine transparente Klärung dieser Situation aus unserer Sicht dringend erforderlich.

Sollte dieser Eindruck in der Öffentlichkeit bestehen bleiben, wäre es für viele Bürgerinnen und Bürger schwer nachvollziehbar, wie der angekündigte politische Entscheidungsprozess tatsächlich noch ergebnisoffen stattfinden kann. Eine frühzeitige Klarstellung erscheint daher auch im Interesse aller Beteiligten sinnvoll.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgerinitiative Adenauerplatz

Kontakt: buerginitiativeadenauerplatz@gmail.com